



Präsident Joe Biden steht zunehmend unter Druck – nicht nur von der Opposition, sondern auch innerhalb seiner eigenen Partei. Immer mehr Demokraten haben Zweifel an seiner Kandidatur und fürchten eine katastrophale Niederlage bei den kommenden Wahlen. Rat suchend hat sich Biden verstärkt an seine Familie und einige loyale Anhänger gewandt, die fest an das Bild des „Comeback-Kids“ glauben.

Das Ergebnis: Ein offener Konflikt zwischen Biden und seinem engsten Kreis auf der einen Seite und gewählten Demokraten auf der anderen Seite, die eine Wahlschlappe im November befürchten.

Der versuchte Anschlag auf Donald Trump hat den Druck auf Biden, aus dem Rennen auszusteigen, etwas verringert. Doch Wochen nach Bidens desaströsem Auftritt in der Debatte bleibt die Demokratische Partei gespalten bezüglich seiner Erfolgsaussichten und seiner geistigen Fitness.

Adam Schiff, ein prominenter kalifornischer Abgeordneter, der für den Senat kandidiert, warnte während eines privaten Treffens mit Spendern am Wochenende: „Wir könnten sehr gut den Senat verlieren und ausserdem unsere Chance, das Repräsentantenhaus zurückzugewinnen“, sagte Schiff laut Personen, die mit den Äußerungen vertraut sind.

Weniger Migranten an der US-Grenze

Im Juni gab es die wenigsten illegalen Übertritte an der Südgrenze seit Januar 2021. Doch es ist unklar, ob Biden daraus politischen Nutzen ziehen kann.

Änderungen für den Supreme Court

Biden erwägt ernsthaft gesetzliche Vorschläge, wie Amtszeitbegrenzungen und einen durchsetzbaren Ethikkodex, die das Oberste Gericht grundlegend verändern könnten.

Weitere Nachrichten aus der US-Politik

Der Secret Service steht wegen seines Versagens, den Anschlag auf Trump verhindert zu haben, zunehmend unter Druck. Wochen vor dem Attentat verfolgten US-Geheimdienste die Spur einer iranischen Verschwörung zur Ermordung Trumps, die allerdings mit dem jüngsten Attentat nicht in Verbindung steht, sagten hochrangige US-Beamte.



In einem durchgesickerten Telefonat versuchte Trump, Robert F. Kennedy Jr., einen unabhängigen Präsidentschaftskandidaten, in sein Lager zu locken.

Tote bei israelischen Luftangriffen im Gazastreifen

Zwei israelische Luftangriffe, von denen einer eine als Schutzraum für Flüchtlinge genutzte UN-Schule traf, töteten gestern mehr als 20 Menschen im Gazastreifen, so palästinensische Gesundheitsbeamte.

Rund 17 Menschen wurden bei einem Angriff in Mawasi, einem Küstengebiet, das Israel als sichere Zone ausgewiesen hat, getötet, teilte das Gesundheitsministerium in Gaza mit. Mindestens fünf Menschen wurden bei dem Angriff auf die Schule in Nuseirat in Zentral-Gaza getötet und acht verletzt, so der Palästinensische Rote Halbmond. Die israelische Armee sagte, sie habe Hamas-Kämpfer im Visier gehabt, die innerhalb der Schule operierten.

Die Schule war die sechste von der UN betriebene Bildungseinrichtung in Gaza, die in nur zehn Tagen getroffen wurde, so die UN-Agentur für palästinensische Flüchtlinge. Letzte Woche tötete ein Angriff außerhalb einer Schule in Khan Younis mindestens 27 Menschen.

WEITERE WICHTIGE NACHRICHTEN



- Klima: Heftige Regenfälle und Überschwemmungen haben in den letzten Wochen in Südasien mehr als 200 Menschen getötet und Millionen vertrieben.
- Nordkorea: Ein Überläufer sagte, dass zwei hochrangige Diplomaten, die in Verhandlungen mit den USA involviert waren, bereits vor einigen Jahren hingerichtet bzw. inhaftiert wurden.
- Ukraine: Donald Trump teilte dem ungarischen Premierminister Viktor Orban mit, dass er einen schnellen Vorstoß für einen Friedensdeal zwischen der Ukraine und Russland plane, so Orban in einem Brief an einen hochrangigen EU-Beamten.
- Thailand: Sechs Menschen wurden unter mysteriösen Umständen in einem Raum des Grand Hyatt Hotels in Bangkok tot aufgefunden.
- Oman: Ein Angriff, der auf Gläubige in der Nähe einer Moschee in Maskat zielte, hinterließ sechs Tote. Viele der Opfer stammten aus Pakistan.
- USA: Guo Wengui, ein exilierter chinesischer Milliardär und Liebling der amerikanischen Rechten, wurde gestern wegen Betrugs von Investoren in Höhe von Hunderten Millionen Dollar verurteilt.
- Taiwan: Die Spannungen mit China sind seit dem Amtsantritt von Präsident Lai Ching-te im Mai in eine kritische Phase eingetreten.
- Vereinigtes Königreich: Vaughan Gething, der erste Minister von Wales, kündigte seinen Rücktritt wegen einer Kontroverse über Wahlkampfspenden an.
- Bangladesch: Die Behörden setzten paramilitärische Truppen ein, nachdem bei Studentenprotesten mindestens fünf Menschen getötet wurden.